

# Wo Kinder hinter Gittern landeten

Sie galten als schwer erziehbar oder hatten versucht, in den Westen abzuhausen: Zu DDR-Zeiten wurden diese Kinder und Jugendlichen in einem Heim im Thüringer Wald regelrecht interniert. In einem Dokumentarfilm berichten sie davon – lehrreich gerade auch für heutige Schüler.

Von Eike Kellermann

**ERFURT.** War es nur ein Traum, was Udo Stahnke als 15-Jähriger im Durchgangsheim Schmiedefeld erlebte? „Einmal musste ich allein in einem Raum schlafen. Nachts kamen die neue Heimleiterin und ihr Sohn und haben mich verdroschen.“ Als der Jugendliche am Morgen wach wurde, fragte er sich wirklich, ob er sich das alles nur eingebildet habe. Aber dann spürte er die Schmerzen und sah die Blutergüsse. „Da wusste ich, es war kein Traum.“

Im Dokumentarfilm „Verlorene Zeit“ des Jenaer Filmemachers Torsten Eckold berichten Udo Stahnke und andere Betroffene von ihren körperlichen und seelischen Verletzungen in dem Heim in Schmiedefeld. Der kleine Ort liegt bei Neuhaus am Rennweg. Durchgangsheime dienten zur Überbrückung, bis ein geeigneter Platz in einem der vielen Kinder- und Spezialheime oder einem Jugendwerkhof gefunden wurde, sagt Manfred May. Er berät und betreut DDR-Heimkinder. Das für den Bezirk Suhl zuständige Durchgangsheim in Schmiedefeld bestand von 1974 bis 1987. Rund 1500 Kinder und Jugendliche, die Jüngsten gerade einmal sieben Jahre alt, wurden hier regelrecht interniert.

## Sturm der Entrüstung

Stacheldraht auf dem Zaun, Gitter vor den Fenstern. „Das war wie ein Hochsicherheits-trakt“, sagt der Historiker Christian Sachse im Film. Glasscherben am Zaun der Durchgangsheime verhinderten eine Flucht ebenso wie Wachhunde. Ohne elterliche Fürsorge, ohne Liebe, sollten die Kinder und Jugendlichen hier umerzogen, ja gebrochen werden. Sie galten als schwer erziehbar, schwänzten die Schule, begingen kleinere kriminelle Delikte. „Was sie gemacht hatten, wäre heute zum größten Teil Pillepalle, war aber vor dem rigiden Hintergrund der DDR nicht erlaubt“, sagt Manfred May.

Eine Betroffene sagt, eigentlich hätten ihre Eltern umerzogen werden müssen. Der Vater Trinker und ein „Diktator“, weshalb sie immer wieder von zu Hause fortgelaufen sei. Auch heute würden solche Kinder durch eine Inobhutnahme, wie der behördliche Ausdruck lautet, vor ihren eigenen Eltern geschützt. Aber wären die Bedingungen auch nur im Ansatz so wie im Durchgangsheim



Das Gebäude des ehemaligen Durchgangsheims in Schmiedefeld ist für viele frühere Bewohner noch heute ein Ort des Schreckens, den sie kaum zu betreten wagen.

Fotos: denkorte@thueraez.de

Schmiedefeld – es gäbe einen Sturm der Entrüstung.

„Als ich ankam, wurde ich kalt abgeduscht. Dafür haben sie mich angebunden. Mit einem nassen, verknotteten Handtuch wurde ich geschlagen. Das war ein älteres Mädchen. Ich denke, die musste das machen“, sagt Birgit Eisenacher, die 1977 mit 16 Jahren in das Durchgangsheim kam. Historiker Sachse spricht von einer „Schocktherapie“.

Nach der Ankunft seien die Kinder und Jugendlichen mit einem Pulver abgestäubt worden, angeblich zur Desinfektion. Sie hätten stundenlang auf dem Flur stehen müssen, bei einer Bewegung sei ihnen ein Schlüssel an den Rücken geworfen worden. Sie mussten sich gegenseitig die Haare abschneiden. Einen „reinen Demütigungsritus“, nennt das Sachse. Hässliche, alte Trai-

ningsanzüge und zu große Schuhe hätten die Kinder bei einer Flucht sofort als Heiminsassen kenntlich gemacht. „Das Ziel war es, jegliches Aufmucken, jeglichen Widerstandsgeist zum Ersticken zu bringen.“

## Tagesablauf war straff durchorganisiert

Dazu gehörte die mehrtägige Isolation in Arrestzellen zu Beginn des Aufenthalts. Stündlich notierten die Erzieher, darunter strafversetzte, gewalttätige oder trinkende Lehrer, ob es Vorkommnisse in der Zelle gegeben habe. Das Arrestbuch hat die Zeit überdauert und ist eine unverfälschte Quelle für das, was den Kindern angetan wurde. „Ich musste den

## Durchgangsheim ist Denkort

Das ehemalige Durchgangsheim Schmiedefeld wurde 2022 vom Land Thüringen zu einem „Denkort“ der „Repression, Opposition und Zivilcourage in der DDR“ erklärt. Im Dokumentarfilm „Verlorene Zeit“ berichten Zeitzeugen über das Heim. Historiker ordnen es in das System der DDR-Heimerziehung ein. Der Film geht voraussichtlich im Februar auf der Denkorte-Website online, sagt Projekt-Koordinatorin Stefanie Falkenberg vom Thüringer Archiv für Zeitgeschichte. „Matthias Domaschk“ in Jena. Der 30-minütige Film soll unter anderem für Schulprojekte verwendet werden. In Arbeit ist bereits eine weitere Dokumentation mit Zeitzeugen zum Jugendstrafvollzug in Hohenleuben und der „Tripperburg“ in Gera. In einer geschlossenen Station des Krankenhauses wurden hier Frauen und Mädchen ab 12 Jahren widerrechtlich untergebracht, weil sie angeblich Geschlechtskrankheiten hatten. ek

ganzen Tag in der dunklen Zelle stehen“, erinnert sich Birgit Eisenacher. Keiner der Neulinge wusste, wie lange diese Tortur dauern würde. Aus Angst gaben sie keinen Mucks von sich. Als es nach ein paar Tagen vorbei war, dürften die meisten handzahn gewesen sein.

Der Tagesablauf war straff durchorganisiert, orientiert am Militär. Vormittags gab es Unterricht lediglich in Deutsch, Mathe, Geschichte und Staatsbürgerkunde. Nach dem Mittag wurde der Speisesaal zur Werkhalle. Die Kinder und Jugendlichen mussten dann Produkte für umliegende Betriebe herstellen, genannt wird zum Beispiel Glasschmuck Steinheid. Es waren einfache, monotone Tätigkeiten, aber im Akkord, etwa beim Montieren von Steckern für Elektrokabel. Die Freizeit bestand darin, im Hof Federball zu spielen. Verlassen durften die Kinder das

Heim nicht. Nach dem Abendbrot wurde kollektiv die „Aktuelle Kamera“ geguckt. Verlangt war, sich zum Inhalt der DDR-Nachrichtensendung Notizen zu machen.

Bis zu einem halben Jahr blieben sie im Durchgangsheim. Manche kamen mehrfach hierher. Nach Recherchen des „Bürgerkomitees des Landes Thüringen“, einem in Zella-Mehlis ansässigen Verein zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte, gab es mindestens 142 Kinderheime auf dem Gebiet des heutigen Thüringens. Laut Manfred May wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in den verschiedenen Arten der DDR-Kinderheime untergebracht waren, insgesamt auf eine halbe Million geschätzt.

## „Das Vertrauen war weg“

Mit dieser Zeit klarkommen, muss jeder auf seine Weise. Manche haben es gut verkräftet, manche haben es nie geschafft, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Laut einer 2023 veröffentlichten Studie im Auftrag des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gibt es unter den SED-Opfern deutlich mehr Geringverdienere als im Bevölkerungsschnitt. Ursache sind gebrochene Biografien mit Heimeinweisungen, Arbeitsplatzverlust oder Haft. Auch gesundheitlich geht es ihnen schlechter. So berichteten 28,9 Prozent von Schlafstörungen, in der übrigen Bevölkerung sind es 6,7 Prozent. Bei nahezu allen Krankheitsbildern ist das ähnlich.

Udo Stahnke, der 1975 wegen versuchter Republikflucht ins Durchgangsheim Schmiedefeld gekommen war, kann heute offen auch über sein Innenleben sprechen. „Man hat nie so viel geweint wie damals“, sagt der stämmige Mann. Aber wie alle seine Leidensgenossen hat er das, um nicht als Weichei zu gelten, mit sich allein ausgemacht. Schwäche, das war ihre Angst, würde sofort bestraft. „Ich habe darüber mit den anderen Mädchen nicht gesprochen. Das Vertrauen war weg“, sagt Birgit Eisenacher.

Als sie viele Jahre nach der Wende zum ersten Mal wieder das ehemalige Durchgangsheim im Thüringer Wald besuchte, ging es ihr gar nicht gut dabei. Die Arrestzelle, den Speisesaal und den Duschaum konnte sie nicht betreten. Sie schaffte es einfach nicht. Manfred May fragt sie im Film, ob sie trotzdem wieder hingehen würde. „Ja“, antwortet sie. Sie stößt es regelrecht hervor. „Um alles zu zeigen.“



Noch heute zeugt ein hoher Zaun mit Stacheldraht vom Eingesperrtsein der Kinder und Jugendlichen, die hier untergebracht waren.



Jemand hat das Wort „Hunger“ in eine Wand geritzt. „Man hat nie so viel geweint wie damals“, sagt ein ehemaliger Heim-Insasse.

## Streit um Termin für außerordentliche Generalversammlung

Per Zeitungsanzeigen lädt die VR-Bank Bad Salzungen/Schmalkalden für den 26. März zur außerordentlichen Generalversammlung auf die Messe Erfurt ein. Angeblich sei dies der früheste verfügbare Termin. Doch ist das wirklich so?

Von Jolf Schneider

**BAD SALZUNGEN/ERFURT.** Nun steht er also fest: Der Termin für die außerordentliche Generalversammlung der VR-Bank Bad Salzungen/Schmalkalden. Am Mittwoch veröffentlichte die Bank auch in dieser Zeitung Anzeigen, mit denen sie ihre Mitglieder über den Termin informierte. Am 26. März sollen die Genossenschaftsmitglieder auf der Messe Erfurt zusammenkommen.

Dort, 75 Kilometer vom Salzunger Hauptsitz der VR-Bank entfernt, will der Sonderbeauftragte der Finanzaufsicht Bafin über die Situation des in die Schlagzeilen geratenen Kreditinstituts berichten. Doch unter den Genossen regt sich Unmut über den Termin.

Die Initiatoren des Mitglieder-Begehrens für eine außerordentliche Versammlung hatten ein deutlich früheres Treffen gefordert, um unverzüglich wieder die gesetzlich geforderte Verfassung der Genossenschaft herzustellen und den gebotenen Einfluss und die Kontrolle über ihre Bank wiederzuerlangen, die seit Anfang Dezember von einem Rumpfteam geleitet wird: Dem letzten verbliebenen Mitglied des ehemaligen vierköpfigen Vorstands, einem Sonderbeauftragten der Bafin als zweiten Geschäftsleiter und einem weiteren Sonderbeauftragten der Bonner Behörde, der die Funktion des Aufsichtsrats übernimmt.

Von einem Vorstandsmitglied hatte sich die Bank im Laufe des Jahres 2023 wegen Unstimmigkeiten getrennt, zwei Vorstände waren im November im Dauerstreit mit der Bafin und dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken zurückgetreten. Wenig später war auch der 16-köpfige Aufsichtsrat dem Beispiel gefolgt.

Seitdem sehen die Anteilseigner stauend zu, wie der Sonderbeauftragte zum Beispiel Immobiliengeschäfte der Bank ohne eine rechtlich bindende Anordnung zurückabwickelt. Ihre Befürchtung: Die Bank soll gezielt platt gemacht werden, damit das ein-

tritt, was überregionale Medien schon im vergangenen Herbst skizziert hatten, wofür bislang aber jeder Beweis fehlt: Ein riesiger Sanierungsbedarf von bis zu 100 Millionen Euro in der Bilanz für 2022.

Wenn man den dieser Zeitung vorliegenden Unterlagen glauben schenkt, drehen sich die Geschehnisse bei der Südthüringer Genossenschaftsbank mittlerweile längst nicht mehr um die Frage, ob ein solcher Sanierungsbedarf tatsächlich besteht oder aber jetzt erst konstruiert wird. Vielmehr geht es um Macht, Gesetzestreue und vor allem um die Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips.

Mit einer möglichst schnellen außerordentlichen Generalversammlung am 26. Januar wollten die Anteilseigner dem unkontrollierten Handeln des Sonderbeauftragten Einhalt gebieten. Doch nun soll diese erst Ende März stattfinden. Ein Zeitpunkt, den der Sonderbeauftragte bereits im vergangenen Dezember als realistischen Termin für eine ordentliche Generalversammlung genannt hatte, zu dem er die finale Bilanz für 2022 vorlegen könne. Angeblich, so begründet es Gervais nun auch in einer Mail an die Belegschaft der Bank, habe es auf der Messe Erfurt keinen früheren Termin gegeben.

Aber ist das wirklich so?

Auf Nachfrage erklärt die Messe Erfurt, dass die Bank tatsächlich einen früheren Termin nachgefragt haben soll. Allerdings habe man die Anforderungen, die die Bank an die Veranstaltung gestellt habe, nicht zu einem früheren Termin erfüllen können, teilt ein Sprecher auf Nachfrage mit. Doch welche Anforderungen hat die Bank gestellt? Ein aufwendiges Catering etwa ist für eine ordnungsgemäße Versammlung nicht nötig.

Und noch etwas weckt Zweifel an der Darstellung des Sonderbeauftragten, dass es keinen früheren Termin gegeben habe. So bestätigt die Messe auf Nachfrage eines Genossenschaftsmitglieds am Mittwoch, dass es am 12., 13. und 14. Februar freie Kapazitäten für Veranstaltungen mit 2500 und mehr Teilnehmern geben würde. Damit konfrontiert, verweist der Sprecher der Messe auf die besonderen Anforderungen, die die Bank gestellt habe. Doch tatsächlich, so ist ebenfalls aus dem Umfeld der Messe zu hören, soll die Bank gezielt nach Terminen Ende März gefragt, an einer früheren Versammlung also kein wirkliches Interesse gezeigt haben.

Hat er die Mitarbeiter der Bank, die Genossen und damit letztlich auch die Öffentlichkeit also belogen? Das wird sich noch zei-

gen müssen. Unbestreitbar scheint inzwischen hingegen, dass es – wie diese Zeitung bereits berichtet hatte – des Begehrens der Genossenschafter nach einer außerordentlichen Generalversammlung gar nicht bedürft hätte. So bestätigt ein mit der Kommentierung des Kreditwesengesetzes befasster Jurist im Gespräch mit dieser Zeitung, dass das Genossenschaftsgesetz nach seiner Auffassung eindeutig sei: Sind die Organe, also Vorstand und Aufsichtsrat einer Genossenschaft, nicht gesetzestreu besetzt, dann müsse unverzüglich eine Generalversammlung abgehalten werden, um diesen Zustand durch die Wahl eines neuen Aufsichtsrates abzustellen. Seit dem 1. Dezember ist Gervais nun schon im Amt. Genug Zeit eigentlich, um unverzüglich zu handeln.

Aufgrund der jüngsten Geschehnisse werden wohl die Mitglieder einen erneuten Anlauf nehmen, die Einladung zu einer außerordentlichen Generalversammlung zu einem schnellstmöglichen Termin in die eigene Hand zu nehmen. Dann aber mit einer an neuen Erkenntnissen ausgerichteten erweiterten Tagesordnung, die für die Sonderbeauftragten, den BVR und die Bafin mehr als nur unangenehme Fragen bereithalten könnte.